

# Baugewerkschaft

## Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 3 Mark (ohne Postgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung  
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Darstellungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

### Nur vorwärts!

Wenn ein Stein mich zu Fall gebracht,  
Meiner Kinder hab' ich gedacht,  
Habe ihn mühsam zur Seite geschoben,  
Daß sie leichter lämen nach oben.  
Wenn ich auch selber im Schatten gelebt,  
Aufwärts hab' ich doch immer gestrebt.

Aufwärts, aufwärts in heiligen Schmerzen,  
Schwindende Sehnsucht im zuckenden Herzen. — —

Drum, was ich selber nicht habe erreicht,  
Meine Kinder erreichen's vielleicht.  
Auf meinen Schritten sollen sie stehen,  
Aufwärts, aufwärts sollen sie gehen,  
Und mir ins Ohr, wenn das Auge mir blickt,  
Sollen sie jubeln: „Wir sehen das Licht!“  
Hans Eschbach.

## Bauproduktionsgenossenschaften und Christentum

Die „Bauzeitung“, das Organ der baugewerblichen Arbeitgeberverbände für Rheinland und Westfalen, führt gegen die Bauproduktionsgenossenschaften der Bauarbeiter einen heftigen Kampf. Auf einer Tagung baugewerblicher Arbeitgeber in Wiesbaden wurden sie ebenfalls scharf verurteilt. Wir bestreiten niemand das Recht, gegen die Bauproduktionsgenossenschaften der Arbeiter anzukämpfen. Wer dann solche diese Art die das Kind beim rechten Namen nennen, und nicht Gründe ins Feld führen, die für sie zwar bequem sind und in bestimmten Kreisen auch den gewollten Eindruck hinterlassen. Denn wenn die „Bauzeitung“ die Bauproduktionsgenossenschaften als den christlichen Grundfäden widersprechend bezeichnet, so verbringt sich dahinter nichts anderes als wie die Furcht vor einer Konkurrenz, die sich nicht von rein kapitalistischen, sondern von allgemein-sozialwirtschaftlichen Gesichtspunkten leiten läßt.

Diese Art des Kampfes ist uns nichts neues. Es wiederholt sich hier der Angriff in der gleichen Form, wie er gegen die Konsumgenossenschaften geführt wurde. Dieser ist heute entschieden und der Mittelstand ist nicht daran zu Grunde gegangen. Die Engstirnigkeit, mit der er geführt wurde, hat viel unnötige Verhinderung erzeugt. Großzügigkeit darf man aber in unseren Handwerks- und Mittelstandskreisen nicht suchen, noch weniger darf man sich darüber wundern, daß sie sich regelmäßig an die verkehrte Adresse wenden. Der schlimmste Feind des Handwerks und Mittelstandes war immer der Großkapitalismus und ist es auch heute noch. Wenn heute tausende von Mittelstandsexistenzen ins Nichts versinken, dann doch nur durch den gewalttätigen Neukapitalismus, wie er durch den Krieg und seine Nachwirkungen entstanden ist. Die Arbeiter aber führen genau den gleichen Kampf um ihre soziale Besserstellung wie früher. Er ist heute nur noch schärfer, weil die Umstände andere geworden sind, und richtet sich in seinem Endziel gegen den gleichen Feind, der den Untergang des Handwerks und Mittelstandes herbeizuführen droht. Die Bauproduktionsgenossenschaften sind nur ein Mittel in diesem Kampf, wir müssen es anwenden, um unsere Interessen mit größerem Nachdruck zu vertreten.

Das Recht zu genossenschaftlich-wirtschaftlicher Betätigung, mag es in dieser oder jener Form sein, ist ein Naturrecht und darum göttliches Recht. Niemand kann uns dieses Recht streitig machen. Ob die selbständige Meisterbetätigung vom christlichen Standpunkt aus erstrebenswert sei, hat mit der Gründung von Bauproduktionsgenossenschaften prinzipiell gar nichts zu tun. Wir wollen dieses Recht, sich als Unternehmer zu betätigen, ja niemand verwehren, aber daß dieses durch unseren Verzicht erst ermöglicht werden soll, kann von uns genau so wenig jemand verlangen, wie es niemand verübelt wird, der seinem Drang, sich als selbständiger Unternehmer zu betätigen, freien Lauf läßt. Und doch wird damit eine neue Konkurrenz für die bestehenden Unternehmer geschaffen. Das ist Grundgesetz der bestehenden Gewerbebetriebe. Was für den Einzelnen gilt, gilt, abstrakt ge-

nommen, auch für eine Vielheit von Personen. Es ist dies noch um so höher zu veranschlagen, weil es nicht ausschließlich Erwerbsgründe sind, die diese Vielheit von Personen zu gemeinschaftlicher Unternehmungstätigkeit veranlaßt, wie dies in den Bauproduktionsgenossenschaften zum Ausdruck kommt, sondern die tieferen genossenschaftlichen Grundsätze.

Gerade zu albern mutet uns an, wenn in dem moralphilosophischen Schaukeltanz, den die „Bauzeitung“ anführt, hinter dem man die Absicht merkt, die verstimmt wirkt, die Frage aufgeworfen wird, ob der Besitz christlich erlaubt sei. Von der prinzipiellen Stellung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung scheint in den Kreisen der „Bauzeitung“ wenig Kenntnis vorhanden zu sein, sonst würde sie uns gegenüber eine solche Frage überhaupt nicht aufwerfen. Die christlichen Gewerkschaften erkennen prinzipiell den Privatbesitz an, ebenso die freie Unternehmungstätigkeit, sie betrachten letztere als einen unumgänglich notwendigen wirtschaftlichen Faktor. Wenn die „Bauzeitung“ aber den Anschein zu erwecken sucht, mit der Errichtung von Bauproduktionsgenossenschaften solle der Teil des sozialdemokratischen Erfurter Programms verwirklicht werden, der die Unternehmungstätigkeit als sittlich unerlaubt erklärt, so vermag sie uns damit nicht in Bewegung zu bringen, weil uns das gar nicht trifft. Ueber das Schlagwort, daß dies oder jenes sozialistisch sei, und wir es daher zum größeren Nutzen dessen, der uns dies in die Ohren raunt, wie die Pest meiden müßten, sind wir hinweg. Wir haben gelernt in diesen Dingen fester zu werden. Und eine Fuchsbreidigt bleibt für uns das was sie ist.

Mit der Anerkennung der privaten Unternehmungstätigkeit und des privaten Besitzes ist aber keineswegs für uns der Verzicht auf eigene selbständige wirtschaftliche Betätigung verknüpft. Und wenn die „Bauzeitung“ Dr. Jos. Oberle sagen läßt, die Selbständigkeit möglichst vieler gehöre zum höchsten Ziel christlicher Volkswirtschaft, so ist dieses auf die Produktionsgenossenschaften der Arbeiter gerade wie zugeschnitten. Damit wird der Nagel auf den Kopf getroffen. In der Genossenschaft vereinigen sich die Arbeiter zu gemeinsamen Handeln, es ist ihr eigenes Unternehmen, in dem sie tätig sind, sie geben ihre ganze Persönlichkeit dafür hin. Sie sind getragen von dem Willen reelle und preiswerte Arbeit zu leisten, der erzielte Uebereschuß soll nicht einem Einzelnen, sondern den in der Genossenschaft Vereinigten zugute kommen. Darin drückt sich jedenfalls viel mehr praktisches Christentum aus, als in den von der „Bauzeitung“ vertretenen Anschauungen. Wenn damit verknüpft ist, unserer kranken Wirtschaft zur Gesundung zu verhelfen — niemand vermag die weithin bestehenden üblen un-reellen Geschäftspraktiken zu leugnen — dann mag daraus entnommen werden, daß in den Reihen der Arbeiter ein größeres Verantwortungsgefühl der Allgemeinheit gegenüber besteht, wie bei jenen, die Deutschlands Elend, genannt „Konjunktur“, strupellos ausbeuten. Gerade hier liegt mit der ersten Anstöße zur Gründung von Bauproduktionsgenossenschaften. Und sie werden ihren Weg gehen unbekümmert der Angriffe von dieser oder jener Seite.

Dabei stehe ich der Gründung solcher Genossenschaften mit der größten Mithaternheit gegenüber. Ich bin mir keinen Augenblick darüber im Zweifel, daß sie die weit über 200 000 einzelgewerblichen privaten Baubetriebe nicht aus den Angeln heben werden, sie vielleicht nur zu einem sehr geringen Teil ersehen können, weshalb die Aufregung der „Bauzeitung“ noch um so weniger zu begreifen ist. Aber sie sollen wirken, und wenn sie es nur als regulierender Faktor tun. Vielleicht liegt hier ihr entscheidender Einfluß — der gerade deshalb am meisten gesüchtet wird. Daher um so größere geschäftliche Vorsicht, um Fehlschläge zu vermeiden. Wer in der praktischen Genossenschaftsarbeit Erfahrung hat, weiß am besten, daß wohl eine stille Gut von Begeisterung für die zu leistende Arbeit wünschenswert ist, daß jedoch die kühle, geschäftsmäßige Behandlung erste Voraussetzung zum Erfolg ist. Die Geldsorgen an den

Wohntagen können sehr leicht dem Charakter der einen oder anderen Bauproduktionsgenossenschaft schädlich sein. Ich wiederhole daher die Mahnung: Nur die ernsteste Auffassung von der gestellten Aufgabe, gepaart mit praktischer Erfahrung und kaufmännischer Mueigkeit, sowie unbeuglamer Energie kann die Sache zum Erfolg führen und zur Blüte bringen. Das ist etwas was die „Bauzeitung“ sich auch wünschen sollte, daß hier Arbeiter selbst die praktische Erfahrung machen, daß Unternehmungstätigkeit nicht ausschließlich Fäulniseret bedeutet. Aber soweit denkt sie nicht, sie fürchtet nur, daß ihr in den Kopf geduckt wird. Zu diesem Zweck das Aufgebot einer Reihe von Moralphilosophen und kirchlicher Autoritäten, auf deren Wort sie sonst recht wenig hört. Und doch wäre das dringend zu wünschen, weil dann vieles von der heutigen Schärfe nicht in den sozialen Kampf getragen würde. Da wir aber fürchten, daß unsere Worte vergebens an diese Adresse gerichtet sind, können wir uns nur an die Bauarbeiter halten und ihnen den Rat geben, sich durch eigene praktische Arbeit den Weg zum Erfolg zu bahnen.

J. B. Berlin.

## Das Mißgeschick des Polierbundes

Zur Tarifvereinbarung des Polierbundes über richtiger der Bund-Stellung veröffentlicht der Angestellte der Deutschen Bauarbeiter-Verbandes Peters-König im „Grundstein“ einen Bericht, dem wir folgendes entnehmen:

„Nach einem vom Vorstande des Arbeitgeberbundes an seine Mitglieder gerichteten Rundschreiben sollen die Vertreter unseres Verbandes den Abschluß eines Vertrages (für Poliere) unmöglich gemacht haben. Wohl dadurch, daß sie bemüht waren, die Wünsche der Poliere und Schachtmeister zu verwirklichen. Aus diesem Grunde paßte den Unternehmern die Teilnahme unserer Verbandsvertreter ganz und gar nicht. Wir bestanden aber darauf, weil der Polierbund nicht der einzige Vertreter dieser Kollegen ist; in ihrer Mehrzahl gehören sie unserem Verbande und dem Verbands der christlichen Bauarbeiter an. Vor allem suchten unsere Vertreter durchzusetzen, daß der neue Vertrag in seiner Form dem alten angepaßt werde. Dem widersetzten sich die Unternehmer auf das äußerste. Ihr Vorsitzender, Herr Behrens, meinte, daß die Poliere dann ja nichts Besseres wünschen könnten, als daß die Bauarbeiter streiken. Ein Erfolg der Arbeiter sei dann auch ihr Erfolg; denn infolge des nach Hundertteilen der Bauarbeiterlöhne zu berechnenden Polieraufschlages würde mit den höheren Bauarbeiterlöhnen auch ihre Löhne steigen. Zudem würde ihnen die Streikzeit bezahlt, wogegen sie sich weigern, notwendige Arbeiten auszuführen. Auf einen Zwischenruf unseres Kollegen, das sei recht so, die Poliere geben sich nicht zu Streikbrecherdiensten her, entgegnete Herr Behrens, mit der Faust auf den Tisch schlagend: „Ja, wir haken Ihnen was, wir bewilligen gar nichts.“ Demgegenüber ließen es die Vertreter des Polierbundes gar sehr an der erforderlichen Entschiedenheit fehlen, während sie sich in unseren Sonderbesprechungen gar nicht radikal genug geben konnten. Da waren ihnen unsere Vorschläge unannehmbar, selbst der, den Reichstarifvertrag ohne die Lohnfestsetzung abzuschließen, und diese den Ortsgruppen zu überlassen. Einmütigkeit bestand jedoch darin, daß auch die Verbandsvertreter an dem Vertragsabschluß teilnehmen sollten.“

Die Redaktion des „Grundstein“ bemerkt abschließend: „Ursprünglich hatten die Poliere gefordert, ihr Lohn solle um 25 Prozent höher sein, als jeweils der tarifliche Gesellenlohn. Ja, 30 und 40 Prozent forderte man. Bei einem Stundenlohn von 6,20 M würde der Zuschlag bei 25 Prozent wöchentlich 7,40 M betragen haben, wogegen die Vertreter des Polierbundes sich mit 44 und 33 M zufriedengaben, für kleinere Orte blieb der Zuschlag sogar noch völlig in der Schwebe. Unser Kollege Behrens spricht sich in seinem Bericht auch recht ungenügend über die Vertreter des Polierbundes aus. Wie können ihm darin vollkommen zu, wenn die Kammer uns auch hindert, den Bericht vollständig wiederzugeben. Wir wir nun aus der Zeitung des Polierbundes lesen, hat aber dem Bund der Ausschluß der Bauarbeiterverbände von den letzten Verhandlungen nicht genügt; denn der Arbeitgeberbund hat die Vereinbarungen der Verhandlungskommission abgelehnt. So läßt man sich den Stuhl vor die Tür setzen.“

# Bau aufbau der Bauproduktiv-Genossenschaften

## Eine Erwiderung

Herr Architekt Beckmann hat in Nr. 33 der „Baugewerkschaft“ zu meiner Erwiderung in Nr. 30 der „Baugewerkschaft“ Stellung genommen. Herr Beckmann ist der Meinung, ich sei bei meinen Darlegungen anscheinend nicht von den richtigen Voraussetzungen ausgegangen. Darauf möchte ich sagen: Die Voraussetzung für meinen Artikel war der Artikel des Herrn Beckmann in Nr. 26 der „Baugewerkschaft“ und nichts anderes. In diesem Artikel schrieb Herr Beckmann unter anderem folgendes:

„Die Leitung der Genossenschaft untersteht dem Vorstande, der vom Aufsichtsrat berufen wird.“ Zehn Zeilen weiter unten heißt es: „Der Aufsichtsrat bestimmt seinerseits wiederum den Vorstand der Gesellschaft (soll doch wohl heißen Genossenschaft?) unter näher festzusetzenden Bestimmungen, wie überhaupt die einzelnen Funktionen statutarisch festgelegt werden.“

Dieses habe ich als geschlechtlich unzulässig und, wenn es so gemacht würde, als eine Vetterwirtschaft bezeichnet. Herr Beckmann „stellt fest“, daß er eine solche „Nebenwendung — von einer solchen Absicht ganz zu schweigen“ — nirgends in seinen Artikeln und sonstigen Verlautbarungen gebraucht hätte. Ich will dazu nur das eine sagen: Herr Beckmann muß mich anscheinend für recht oberflächlich einschätzen, wenn er glaubt, so etwas würde ich mir aus den Fingern ziehen. Nein, Herr Beckmann, das steht so wirklich zu lesen in dem von Ihnen geschriebenen Artikel der „Baugewerkschaft“ Nr. 26.

Für die sachliche Seite seiner Antwort beruft sich Herr Beckmann auf seine Richtlinien, Statuten und auf die Beratungen von eingesetzten Kommissionen. Schon in Nr. 26 der „Baugewerkschaft“ spricht Herr Beckmann von seinen „Richtlinien“. Dazu muß ich sagen, daß mir von solchen bisher nichts bekannt geworden ist. Wenn Herr Beckmann aber Richtlinien besitzt, mit denen nach seiner Auffassung „Vorbildliches und Bahnbrechendes“ geschaffen werden kann, dann bedauere ich es außerordentlich, daß Herr Beckmann diese Richtlinien nicht einer breiteren Öffentlichkeit bekannt gegeben hat. Und weil diese Richtlinien bisher dem Kreise der Leser der „Baugewerkschaft“ nicht bekannt geworden sind, kann auch Herr Beckmann sich darauf für die Widerlegung meiner Ansicht nicht stützen. Ich bin fest überzeugt, daß Herr Beckmann wirklich etwas Großes will und auch den christlichen Willen hat, Bahnbrechendes zu schaffen. Diese Absicht habe ich auch, Herr Beckmann. Nur über die Wege, auf denen das Ziel erreicht werden könnte, gehen zwischen uns die Meinungen auseinander. Herr Beckmann sagt nun in seiner Erwiderung, daß er bei der Lösung dieses Problems vor allen Dingen die Verhältnisse in rheinisch-westfälischen Industriebezirk im Auge hat. Dagegen kann kein Mensch etwas haben, aber das muß man auch sagen, schmecken kann das niemand. Aus seinem Artikel in Nr. 26 der „Baugewerkschaft“ ging das auch nicht hervor. Wenn ich in der Zeitung etwas lese, dann muß ich es so nehmen, wie es dasteht.

Ich habe bereits in Nr. 30 der „Baugewerkschaft“ gesagt, daß das, was Herr Beckmann anscheinend will, in seiner praktischen Durchführung nicht mehr ein Genossenschaftsbetrieb, sondern eine soziale zu rechtlich fixierte Aktiengesellschaft ist. Durch die Erwiderung des Herrn Beckmann bin ich in meiner Ansicht noch bestärkt worden. Und zwar dadurch, daß das Wort „Gesellschaft“ Herrn Beckmann sehr geläufig ist. Besonders aber dadurch, daß Herr Beckmann sehr abfällig in bezug auf solche Baugenossenschaften als von „kleinen Geschäftchen“, von „Jogeananten Bauproduktiv-Genossenschaften“ und „Krebsen an diversen Ecken“ spricht. Durch solche Unklarheiten kann die größte Verwirrung innerhalb der Reihen unserer Mitglieder entstehen. Was ich aus den beiden Artikeln des Herrn Beckmann als „Das große ihm vorstehende Ziel“ entnehme, ist nicht die Bauproduktiv-Genossenschaft als solche, sondern die Beseitigung des Wohnungsnotstandes im Ruhrrevier, besonders aber die Beschaffung von Bergarbeiterwohnungen. Wenn das das Ziel des Herrn Beckmann sein soll, so wird er zugeben müssen, daß dieses Problem auch nicht von einer in seinem Sinne gedachten Baugesellschaft gelöst werden kann. Dieses Problem erfordert nicht nur Millionen, sondern Milliarden. Aber angenommen, es gäugte vorerst bei einer mehrjährigen Verteilung des Bauprojektes mehrere Millionen, so wird es immer ein Ding der Unmöglichkeit bleiben. So Prozent davon durch die Arbeiterverbände anzubringen. Und wenn die Verbände wirklich das Kapital der Beschaffung stellen wollten, so müßte das praktisch gar nicht möglich sein. Das Unerschwingliche müßte als notwendig mit fremdem Kapital anzufragen, und leicht ist damit in ein ganz bestimmtes Abhängigkeitsverhältnis. Damit aber ist der Zweckzweck der Arbeiter, und zwar im Verhältnis zum

eingelegten Stamm- und Betriebskapital ausgeschlossen. Aus welchen Motiven Herr Beckmann dazu kommt, in bezug auf meine Erwiderung zu betonen, daß auch „die geistigen Arbeiter in erster Linie berufen sind, solchen bahnbrechenden Bestrebungen zum Ziele zu verhelfen“, ist mir nicht recht erklärlich. Ich habe das immer für selbstverständlich gehalten. Vielleicht liegt das daran, daß sich bis heute nicht alle geistigen Arbeiter für Arbeiter halten.“

Herr Beckmann sagt weiter: „Wenn ich kein Kapital habe, dann kann die Bestrebung noch so gut und großzügig durchdacht sein, dann ist sie von vornherein zum Bankerott verurteilt, oder aber man fängt, wie Herr Bach es wünscht, recht klein an, kauft an diversen Ecken und erzielt nichts für das Ganze.“ Dazu möchte ich sagen: Herr Beckmann wird doch im Ernste mir nicht zumuten wollen, als hätte ich jemals den Gedanken ausgesprochen oder vertreten, daß man ein Unternehmen ohne Kapital betreiben könne. Als eine Verdrehung der Tatsachen muß ich es aber bezeichnen, wenn Herr Beckmann die Sache so hinstellt, ich wünschte recht klein anzufangen, der Sache wegen. Hier gibt's nichts zu wünschen, Herr Beckmann, sondern hier entscheiden die tatsächlichen Verhältnisse. Diese sind doch in der Regel so, daß an verschiedenen Orten Genossenschaften entstehen. Diese müssen dann zu einem einheitlichen System zusammengefaßt werden. Wenn ich den genossenschaftlichen Gedanken will, dann kann ich ihn doch nicht nur für das Ruhrrevier wollen. Oder war es, um bei Ihrem lebendigen Bild der Klärung zu bleiben, bei den Konsumgenossenschaften anders? Ist dort auch erst die große Zentrale geschaffen worden oder erst nachher? Haben der Konsumverein „Wohlfahrt“ in Essen a. d. Ruhr und der Köln-Mülheimer Verein auch erst ihre Bäckerei, Molkerei, Fuhrparkbetriebe usw. geschaffen oder haben sie erst Mitglieder gewonnen und damit das Fundament für ihre heutigen Betriebe geschaffen und dann erst zentralisiert? Also nicht gegen eine Zentralisierung bin ich, sondern dagegen, daß man eine Zentrale in die Luft baut, für die kein Fundament da ist. Wenn Herr Beckmann sagt: „Hier im Westen muß, wenn etwas Positives geschaffen werden soll, eine absolute Geschlossenheit in Form einer Zentralstelle gebildet werden“, so deutet sich das doch vollständig mit meinen Ansichten. In Nr. 25 der „Baugewerkschaft“ habe ich gesagt: „Sobald mehrere Genossenschaften in einem Wirtschaftsgebiet entstanden sind, sind sie zu einem Bezirksverband zusammenzuschließen. Die Bewegungsfreiheit dieser Zentralstelle hängt ab von den Beschlüssen des Bezirksverbandes.“

Herr Beckmann meint, daß es mir ohne weiteres einleuchten würde, daß mir vorerst sogar auf die Nebenbetriebe des eigentlichen Baugewerbes angewiesen sind. Das stimmt. Das habe ich auch noch nie bestritten. Aber was mir noch nicht einleuchtet ist folgendes: Nach der Ansicht des Herrn Beckmann soll es nicht allzu schwer sein, die in den Innungen, Handwerkskammern zusammengefaßten Firmen auch finanziell für unsere Sache zu interessieren, wenn es auch nur in Form von kleinen Anteilen wäre. Daneben soll aber die Zentralstelle „alles versuchen, diese Betriebe im Sinne unserer Bestrebungen umzugestalten oder aufzulösen.“ Solche hiebere Handwerksmeister möchte ich gerne lernen lernen, die sich freiwillig das schmerzstillende Halsband anlegen lassen und obendrein dafür noch Geld hergeben, damit es so gemacht werden kann.

Wenn, wie Herr Beckmann sagt, etwas Umfassendes für unser daneberliegendes Bau- und Wohnungsweesen geschaffen werden soll und man wirklich für das Ganze schaffen will, dann darf man seine Meinung nicht nur auf dem Westen Deutschlands aufbauen. Eine Baugesellschaft aber für ganz Deutschland, im Sinne des Herrn Beckmann, ist praktisch undurchführbar, und ich lehne sie daher ausdrücklich ab. Herr Beckmann schließt seine Antwort mit der Bitte, alle kleinlichen Gedankengänge und Sonderinteressen zurückzustellen und möglichst auf das Ganze zu sehen. Da ich bisher in der „Baugewerkschaft“ andere Stimmen in bezug auf den Artikel von Herrn Beckmann nicht gelesen habe, so kommt damit zum Ausdruck, daß ihm meine Gedanken kleinlich erscheinen und von Sonderinteressen geleitet sind. Das muß ich zurückweisen. Josef Bach, Nürnberg.

## Allgemeines

**Verlängerte Aufhebung der Freigabebescheine für Baustoffe.** Der Reichsarbeitsminister hat durch Verfügung vom 27. Juli 1920 angeordnet, daß das System der Freigabebescheine für Ziegel, Zement und Kalk bis auf weiteres in Befristung kommt. Diese Baustoffe können also jetzt ohne weitere Formalitäten im freien Handel abgesetzt werden. Interessant ist die Begründung dieser Maßnahme in dem amtlichen Schriftstück. Es heißt dort, daß die mit der Herstellung von Baustoffen und Bauteilen beschäftigten Werke beim Abgang ihrer Erzeugnisse auf Schwierigkeiten stießen, da das System der Freigabebescheine den Abgang hindert im Wege sehr. Damit werden die nächsten Stufen des Baugewerbetreibenden über die notwendige Erzeugung des Baustoffes durch die Aufhebung der Freigabebescheine als berechtigt anerkannt. Die mit der Herstellung von Baustoffen betrauten

Stellen der Länder legt der Reichsarbeitsminister nach folgende Gesichtspunkte zu beachten:

1. Die Maßnahme kann zunächst nur als vorübergehend betrachtet werden, da sich gegenwärtig noch nicht übersehen läßt, ob und inwieweit im Laufe der Zeit der vorübergehende Bedarf auch ohne die Beschränkung durch Freigabebescheine gedeckt werden kann.

2. Voraussetzung muß nach wie vor sein, daß der Bedarf für den gemeinnützigen Wohnungsbau und Siedlungsbau, insbesondere auch für die Errichtung von Bergmannswohnungen in erster Linie sichergestellt ist.

3. Die Ausführung von Baustoffen muß auf wirtschaftlichen und politischen Erwägungen als unzulässig bezeichnet und in allen Mitteln verhindert werden.

4. Die Sicherstellung der benötigten Mengen an Dachziegeln bedarf besonderen Augenmerks. In solche Anheim, bei der Verteilung der Kohle herbeizuführen, die der Verteilung, die Dachziegel herstellen.

5. Das gegenwärtige Ueberangebot an Baustoffen wird in vielen Fällen ein Herabsetzen der Marktpreise ermöglichen. Sollte im Laufe der Zeit das Ueberangebot nachlassen und an seiner Stelle wieder erhöhte Nachfrage eintreten, so darf ich mir weitere Maßnahmen grundsätzlicher Art vorbehalten.

**Beseitigung der Räte im Ruhrrevier.** Die sozialdemokratische „Betriebsrätezeitung“ zitiert aus der unabhängigen „Leipziger Volkszeitung“ folgende Stelle aus einer Rede, die der russische Oberbittator Lenin auf dem Kongress der Wasserarbeiter gehalten hat:

„Von den Fragen, die in Presse und Versammlungen lebhaft Debatten erregen, ist eine der strittigsten die Frage nach der Kollektiven oder der persönlichen Verantwortung. Denke ich an diese Frage, so möchte ich immer sagen: Die Arbeiter haben noch nicht genug von der Bourgeoisie gelernt! Die intelligentesten und reichsten Bourgeoisien sind die englische und die amerikanische. Gibt sie uns nicht Beispiele eines Maximums persönlicher Diktatur, einer maximalen Fixität des Regierungsapparats unter voller Wahrung der Macht in den Händen der eigenen Klasse? Die Kollektivmacht soll die Arbeiterregierung bedeuten, das persönliche Regiment dagegen eine arbeiterfeindliche Regierung. Die Fragestellung selber und die Art der Argumentation beweist, daß uns immer noch klarer Klasseninstinkt abgeht. Wir haben aber keine Zeit, ihn erst zu lernen. Wir müssen die Frage nach dem Kollektivregiment konkret stellen und lösen. Ich bin überzeugt, daß Sie zur Annahme der Richtlinien gelangen werden, die das Zentralkomitee der Partei ausgegeben hat, und ich hoffe, daß die Anwesenden, die als Wassertransportarbeiter wissen, was Betriebsleitung ist, in einer großen Mehrheit befreit werden müssen, die die Räte ausschalten und ohne sie walten.“

Und was sagen unsere Unabhängigen zu dieser reaktionären Maßnahme Ihrer russischen Freunde?

**Kleingärten und Wohnlauben.** Das gesunde Streben, ein kleines Stück Land zu eigener Bewirtschaftung zu pachten oder zu erwerben, hat sich in den letzten Jahren mehr und mehr ausgebreitet und die Kleingartenbewegung hat namentlich seit dem Kriege infolge der Ernährungsschwierigkeiten auch in den Großstädten viele Anhänger gewonnen. Eine volle Ausnutzung des Gartens und eine sachgemäße Pflege ist freilich nur dann möglich, wenn der Kleingärtner seine freie Zeit reiflos dem Garten widmen kann, d. h. wenn der Garten nahe oder möglichst nahe bei dem Hause liegt. Das ist nun besonders in den Großstädten nur in den seltensten Fällen möglich. Vielfach liegen die Gärten weit von der Wohnstätte entfernt, so daß ihre Unterhaltung nicht nur erschwert, sondern infolge der häufigen Aufwendungen für kostspielige Bahnfahrten auch noch verteuert wird. Bei den heutigen Baukosten kann die Erstellung von neuen Wohnungen kaum Schritt halten mit der Schaffung von Kleingärten. Aus diesem Grunde ist es erwünscht, die Benutzung von Lauben zu Wohnzwecken zu erleichtern. In diesem Sinne könnte sogar die Errichtung verbesserter Wohnlauben als ein geeignetes Mittel zur Beseitigung der gegenwärtigen Wohnungsnot angesehen werden. Der Minister für Volkswohlfahrt hat daher jetzt — nachdem bereits früher in dem Entwurf einer Bauordnung die Möglichkeit erheblicher Erweiterung für Wohnlauben vorgesehen war — eine Sonderpolizeiordnung für Wohnlauben ausarbeiten lassen und die Regierung angewiesen, sie mit Beschleunigung zur Einführung zu bringen. Damit wird einem mehrfach ausgesprochenen Wunsche der Kleingärtner entsprochen, in deren Hand es nun gelegt ist, die Unzulänglichkeiten zu verhüten, die mit der Benutzung solcher behelfsmäßigen Wohnungen verbunden sind. Nach den neuen Bestimmungen dürfen Wohnlauben eine Grundfläche bis zu 30 Quadratmeter und eine Vorlaube von zehn Quadratmetern erhalten. Wohnlauben dürfen nur ein Geschoss haben und die Höhe bis zum First darf fünf Meter nicht überschreiten. Sie müssen feuerfester eingedeckt sein; auch ist die Einrichtung einer Feuerstätte zulässig.

**So ist's recht.** Die „Deutsche Dachdecker-Zeitung“ (Arbeitgeberorgan) teilt mit: Ein „Ziegelwucherer“, der Dachdecker Johann Fecht aus Birmansfeld, hatte sich vor der Strafkammer Zweibrücken zu verantworten. Er hatte die Sturmschäden, die beim Januar-Umwerter dieses Jahres auf den Birmansfelder Dächern angerichtet worden waren, dazu benutzt, um für jede gelieferte Ziegel fünf Mark zu berechnen. Das Urteil lautete auf 1 Monat Gefängnis und 1000 M Geldstrafe.

**Lebertenerungsstellen der Regierungsbanken.** Unser Bezirksleiter Kollege Heuvich hat im Sachlichen

Landtag folgende kurze Anfrage an die Regierung gerichtet:

Ist der Regierung bekannt, daß die Tiefbauunternehmer, die im Auftrage der Eisenbahnverwaltung und der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaus auf Rechnung des Staates Tiefbauarbeiten (Verlegung von Geleisen, Erweiterung von Bahnhöfen usw.) durchführen, durch die stetige Steigerung der Löhne und Baustoffe in eine schwierige wirtschaftliche Lage gekommen sind, die unter Umständen zur Entlassung ihrer Arbeiter führen kann?

In den besonderen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Tiefbauarbeiten lauten Abs. 1 und 2 wie folgt:

1. Tritt während der Bauzeit eine Erhöhung der Preise der wichtigeren Bau- und Betriebsstoffe und der Arbeitslöhne um mehr als 5 v. H. ein, so werden bis über 5 v. H. hinausgehenden Mehraufwendungen durch eine Erhöhung der Einzelpreise und der Bausummen des Angebots berücksichtigt.

2. Von diesen weiteren 5 v. H. übersteigenden Mehraufwendungen trägt die Bauverwaltung bei den Bau- und den Betriebsstoffen neun Zehntel, bei den Löhnen acht Zehntel, der Unternehmer ein Zehntel und zwei Zehntel.

Die Löhne stiegen für Maurer von 1,30 auf 4,50 M, für Erdbauarbeiter von 1 M auf 4 M.

Trotz mehrfacher Bemühungen ist bis heute ein Ausgleich nicht erfolgt.

Ist die Regierung bereit, ihrerseits alles zu tun, damit die Tiefbau-Unternehmungen baldmöglichst Klarheit darüber erhalten, wie die Vertragsbestimmungen durchgeführt werden sollen?

**Telephonanleihe und Deutsche Volksversicherung.**

Bekanntlich sind aus Grund reichsgerichtlicher Bestimmungen für jeden Haupttelephonanschluß 1000 und für jeden Nebenanschluß 200 M bei der Post zu hinterlegen. Um den Mindestbeträgen, den Hauswerkern und dem Mittelstand, denen die Aufbringung und Hinterlegung dieser Summe schwer wird, die aber das Telephon nicht entbehren können, Erleichterung zu bringen, hat die Deutsche Volksversicherung mit der Reichspost ein Abkommen getroffen, nach dem sie in Verbindung mit anderen ähnlichen sozialgerichteten Organisationen, aber unter ihrer Führung, den geforderten Betrag teilweise gegen einen geringen Zinsfuß den Antragstellern vorstreckt. Ein dergleichen Antrag braucht nur bei der zuständigen Postanstalt gestellt zu werden, die auch die nötigen Zinsen vierteljährlich mit den Telephongebühren einzieht. Durch dieses Abkommen hat unsere gemeinnützige Deutsche Volksversicherung den wirtschaftlichen Schwächeren die ungeliebte Vorkreditzahlung ihrer Telephonanlage, die sie ohne Schädigung nicht entbehren können, unter Ausschaltung jeglichen privaten Gewinnstrebens ermöglicht, und sich damit ein großes soziales Verdienst erworben.

**Aufruf**

der Landessektion der Poliere und Schachtmeister Oberschlesiens im christlichen Bauarbeiterverband Deutschlands. Ein letztes Wort!

Werter Kollege! Im Frühjahr haben wir uns mit einem Aufruf an Dich gewandt. Wir zeigten dort, was ernste Gewerkschaftsarbeit im Baugewerbe geleistet hat, haben Dich darauf hingewiesen, daß zwischen Deinem Einkommen und dem des Bauarbeiters kein richtiges Verhältnis mehr besteht, und Dich endlich aufgefordert, der Landessektion der Poliere und Schachtmeister Oberschlesiens im Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands beizutreten. Ein Teil der Poliere und Schachtmeister ist diesem Mahnruf gefolgt, weil er erkannt hat, daß endlich einmal etwas getan werden mußte, um auch den berechtigten Forderungen und Wünschen unseres Staates zum Siege zu verhelfen. In allen Versammlungen wurde bewegliche Klage geführt, daß unser Beruf in finanzieller Hinsicht beinahe unter den des ungelerten Industriearbeiters gesunken ist. Tragen wir Poliere und Schachtmeister Oberschlesiens nicht einzig und allein die Schuld an diesem Zustande? Zeugt es nicht von einer Erbärmlichkeit und Charakterlosigkeit sondergleichen, wenn es heute noch Poliere und Schachtmeister gibt, die sich mit aller Gewalt und allen Mitteln vor dem Beitritt zur Organisation sträuben? Ist eine solche Handlungsweise nicht ein Verbrechen am ganzen Stande? Wer gibt einem solchen Polier oder Schachtmeister das Recht, die Interessen seiner Berufskameraden mit Füßen zu treten? Etwa der landwirtschaftliche Pflanzbau, der es ermöglicht, auf einen angemessenen Verdienst zu verzichten?

Kollege, bedenke, daß viele Hunderte Deiner Berufskollegen nicht in diese angenehme Lage versetzt sind und mühselig des Sonnabends ihr sauer verdientes Geld zusammenzählen, stets von der Sorge erfüllt, es könnte nicht für die allerdringlichsten Ausgaben reichen. Und wenn Du tatsächlich so viel hast, daß Du Deine berufliche Arbeit nicht mehr unbedingt benötigst, dann mache Deinen Kollegen Platz, damit sie in Deine Stelle aufrücken können. Wer so lange Du Deine Schritte zur Arbeit lenkt, hast Du die Pflicht, Dich zu organisieren.

Wir stehen in der Lohnbewegung, und mühen uns seit Monaten mit aller Kraft, erträgliche Verhältnisse in unserem Beruf herbeizuführen. Wenn uns das nicht gelang gelungen ist, so tragen dafür einzig und allein die polier- und schachtmeistersehenden Poliere und Schachtmeister die Verantwortung. Ihre Gleichgültigkeit und Interessenlosigkeit, nicht zuletzt ihre schlechte gewerkschaftliche Schulung sind daran Schuld, daß heute noch die Arbeitgeber des Baugewerbes sich monatlich überlegen, ob sie überhaupt für die Poliere und Schachtmeister einen Vertrag abschließen sollen oder nicht. Als wir im Frühjahr den Sammelruf in Oberschlesien erschallen ließen, fahen wir es, weil wir an unserem eigenen Leibe spüren mußten, daß

**Am 28. August ist der fünfunddreißigste Wochenbeitrag für das Jahr 1920 fällig.**

wir allein nichts ausrichten konnten. Zwar existierte auch in Oberschlesien der „Deutsche Polierbund“, jedoch hat er absolut nichts für die Poliere und Schachtmeister getan. Das muß hier einmal mit aller Deutlichkeit gesagt werden. Für das Deutsche Reich bestand ein Tarifvertrag für die Poliere und Schachtmeister. In Oberschlesien wurde jedoch dieser Vertrag trotz des Deutschen Polierbundes von den Unternehmern nicht beachtet. Dies ist auch nicht zu verwundern. Die Arbeitgeber haben noch niemals eine Organisation respektiert, die nicht in der Lage ist, ihren Forderungen den nötigen Nachdruck zu verleihen.

Um das aber zu können, gehört vor allen Dingen die Sympathie und das volle Einverständnis der Bauarbeiter-schaft dazu. Ohne diese Voraussetzungen ist der Deutsche Polierbund ein ohnmächtiges Schattengebilde, ein Spielball in den Händen der Unternehmer. Der Beweis für das Gesagte ist hier in Oberschlesien zur Genüge erbracht. Erst nachdem sich unsere Polier-Sektion des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter gegründet und ein größerer Teil der Poliere und Schachtmeister den Beitritt erklärt hatte, konnten die Verhältnisse, die mancherorts geradezu zum Himmel schrien, gebessert werden. Jedoch auch jetzt noch war vom Deutschen Polierbund nichts zu sehen. Anstatt ihren Mitgliedern in Oberschlesien behilflich zu sein, klagte die Bundesleitung mit der Generalkommission der freien Gewerkschaften herum, und zwar so lange, bis der Polierbund glücklich im sozialdemokratischen Lager landete. Daran ändert kein Dingen etwas. Und auf der Generalversammlung des Deutschen Polierbundes Ostern dieses Jahres wurde der Anschluß an die Generalkommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften gutgeheißen. Damit wurden also auch die ober-schlesischen Kollegen des Polierbundes, die durchweg auf christlichem Boden stehen, ohne gefragt zu werden zu Mitgliedern eines sozialistischen Verbandes; sie wurden einfach verkauft. Anstatt, daß die Bundesleitung praktische Gewerkschaftsarbeit zum Wohle ihrer Mitglieder leistete, wurden letztere skrupellos verschachert.

Dann folgten in Berlin die neuen Verhandlungen zum Abschluß eines Tarifvertrages für Poliere. Ursprünglich waren die Bauarbeiterorganisationen zum Abschluß des Tarifvertrages hinzugezogen. Dieses passierte jedoch der Leitung des Polierbundes nicht, deshalb verhandelte sie in aller Stille mit dem Arbeitgeberverband, und vereinbarte am 11. Juli 1920 einen Vertrag, der noch viel schlechter ist als der alte, der zum 31. März d. J. abgelaufen war. Nach dem alten Tarif sollte der Lohn eines Poliers in Oberschlesien Gejellenlohn plus 25 Prozent Zuschlag betragen. Diese Festsetzung mag für einzelne Gebiete des Reiches als hinreichend angesehen werden, für Oberschlesien liegen die Verhältnisse jedoch noch etwas anders. Hier ist der Polier im wahren Sinne des Wortes der Vertreter des Bauleiters, der verantwortliche Sachverständige. Als solcher muß er aber auch in der Gehaltsfrage ganz anders berücksichtigt werden, als es in den letzten Jahren leider Mode geworden war. Der neue Vertrag sollte die besonders gearteten ober-schlesischen Verhältnisse etwas besser berücksichtigen.

Statt dessen würde die Vereinbarung der Bundesleitung eine geradezu katastrophale Verschlechterung bedeuten. War der Polierlohn bisher 25 Prozent über dem Gejellenlohn, so würde demnach der Zuschlag zum Gejellenlohn in Städten mit über 50 000 Einwohnern nur noch 41 M, in Städten von 10 000—50 000 Einwohnern nur noch 33 M wöchentlich betragen. Das würde für Oberschlesien eine Verschlechterung des schon schlechten Zustandes um mehr als die Hälfte bedeuten. Die Leitung des Deutschen Polierbundes war willens, einen Vertrag mit solchen Verschlechterungen für die Poliere abzuschließen.

Wie stellen sich nun die Poliere und Schachtmeister Oberschlesiens zu diesem Vorgehen des Polierbundes? Eine solche Verschlechterung des Vertrages, wie sie die Bundesleitung beabsichtigte, ist nur durch die Laune und Gleichgültigkeit sowie den unverantwortlichen Standesbündel vieler Poliere möglich gewesen, jenen Standesbündel, der es unter seiner Würde achtet, mit den Arbeitern gemeinsam eine geschlossene Kampffront gegen die Unternehmer zu bilden. Die Tarifvereinbarung der Bundesleitung präsentierte die Rechnung für diese unverständige Haltung.

Was ist jedoch zu tun?

Im ganzen ober-schlesischen Gebiet ist nochmals mit erneuter Kraft die Werbearbeit aufzunehmen, sind die noch abseits stehenden Poliere und Schachtmeister aufzuklären über die gewaltige Gefahr, in der unser ganzer Stand schwebt.

Unsere Landessektion hat mit dem erbärmlichen Tarifentwurf der Bundesleitung nichts zu tun, wir lehnen ihn ab und sind gewillt, wenigstens für Oberschlesien ein besseres Resultat zu erzielen. Dazu bedarf es aber der Mitarbeit und Unterstützung eines jeden einzigen Poliers und Schachtmeisters. Wir sind Gott sei Dank an keinen Vertrag gebunden, haben also volle Bewegungsfreiheit. Immer mehr sehen wir ein, daß man den berechtigten Wünschen der ober-schlesischen Poliere und Schachtmeister keine Rechnung trägt, daß wir also gestuzt sind, unsere Interessenvertretung im christlichen Bauarbeiterverband zu suchen, wo wir sie endlich gefunden haben. Der deutsche, nimmere sozialdemokratische Polierbund hat bewiesen, daß ihm an einer ordentlichen Interessenvertretung seiner Mitglieder nicht viel liegt oder aber, daß er zu schwach dazu ist. Einer solchen Vereinigung weiter anzugehören, haben wir keine Veranlassung.

Sie selbständige Landessektion haben wir uns dem christlichen Bauarbeiterverband angeschlossen, und wir müssen gestehen, daß wir uns wohl bei ihm fühlen,

das um so mehr, als wir selbst auf dem Boden der christlichen Weltanschauung stehen. Wir haben Vertrauen zum christlichen Bauarbeiterverband, weil er der einzige Verband war, der sich unser mit Erfolg annahm, als noch keine andere Organisation auch nur einen Finger für uns in Oberschlesien krumm gemacht hatte.

Poliere und Schachtmeister! Noch einmal in letzter Stunde wenden wir uns an Euch. Laßt allen Haber, Zwierrat und Bequemlichkeit beiseite. Helft an dem Zustandekommen eines zufriedenstellenden Tarifvertrages, damit wir wieder in die Lage versetzt werden, ein menschenwürdiges Dasein führen zu können. Raffet wir uns auf aus der Erstarrung, in die uns unsere Gleichgültigkeit gestürzt hat. Schließen wir jetzt um so fester unsere Reihen und ruhen wir nicht eher, bis der letzte Polier und Schachtmeister seinen Weg gefunden hat in die Landessektion der Poliere und Schachtmeister Oberschlesiens des christlichen Bauarbeiterverbandes Deutschlands, Bezirk Kattowitz, Johannesstr. 10.

Der Landesauschuß der Poliere und Schachtmeister.

Josef Knoblich, Kattowitz, Johannesstr. 10.

Richard Bajonk, Ruda, Poststr.

Josef Funke, Hindenburg, Postweberstr. 29.

**Polier- und Schachtmeisterbewegung**

**Hamborn**

Am 4. August hielten wir hier in Hamborn eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, wozu auch die Kollegen aus dem Schachtmeisterbund eingeladen waren. Nachdem der Vorsitzende den Bericht von der Bezirkskonferenz in Bochum gegeben hatte, hielt Kollege Bestädt ein Referat über Organisationsfragen. Der rege Beifall am Schluß der sachlichen Ausführungen zeigte, daß die Anwesenden davon überzeugt waren, in der Reichssektion der Poliere und Schachtmeister ihre wirtschaftlichen Interessen vertreten und ihre heiligsten Gefühle gewahrt zu wissen. Scharfe Kritik wurde an dem sonderbaren Verhalten des Deutschen Polierbundes geübt, weil dieser sich verusen fühlt, als alleiniger Vertreter der Poliere zu gelten und als solcher das Recht für sich in Anspruch nimmt, Verträge mit dem Arbeitgeberbund abzuschließen, welche eher in das Zeitalter vor 1914, als in die heutige Zeit passen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die am 4. August im Lokale Rosen-dahl versammelten Poliere der Reichssektion der Poliere und Schachtmeister (Ortsgruppe Hamborn) protestieren dagegen, daß der Deutsche Polierbund sich das Recht anmaßt, als alleiniger Vertreter der Poliere zu gelten und ohne die übrigen in Frage kommenden Organisationen, in welchen Poliere vertreten sind, Verträge mit dem Arbeitgeberbund abzuschließen. Wir verlangen unter allen Umständen, daß bei allen vorkommenden Verhandlungen mit dem Arbeitgeberbund unsere Organisation, in welcher über 2000 Poliere organisiert sind, als gleichberechtigt hinzugezogen wird. Wir sind nicht gewillt, Abmachungen anzuerkennen, welche nicht von unseren Vertretern mitunterzeichnet sind.“

**Duisburg**

In der Versammlung der Poliervereinigung Duisburg am 7. August wurde zunächst der Vorstand ergänzt. Auch ein Arbeitsnachweisstelleninhaber wurde gewählt. Alle Kollegen, welche Arbeit wissen, Stellen suchen oder sich verändern wollen, werden bringen gebeten, dies dem Kollegen Jakob Meyer, Reichstraße 8, (Telephon Nr. 191), mitzuteilen. Gleichfalls wurden zwei Delegierte zu den Bezirkskonferenzen und in den Verwaltungsstellen gewählt. Nach einem kurzen Bericht des 1. Vorsitzenden wurden die Satzungen der Verwaltungsstellen und Bezirke bekanntgegeben. Darauf wurde der Tarif, welcher der Deutsche Polierbund vereinbart hat, besprochen, und der Entrüstung Ausdruck gegeben über den Verrat, den man damit am Polierstande verübt hat. Im Anschluß hieran gelangte die letzte Nummer der Zeitung des Deutschen Polierbundes zu einer kurzen Besprechung. Zunächst schreibt man einen Leitartikel von fast drei Seiten gegen uns und sucht sich rein zu waschen von dem ganz willkürlichen Vorgehen der Bundesleitung beim Anschluß an die freien Gewerkschaften. Dann wird dauernd mit unwahren Behauptungen jongliert, um die Tatsachen zu verschleiern. Wir treiben den Beweis für unsere Ausführungen jederzeit an und überlassen es dem Vorstand des Deutschen Polierbundes, seine Mitglieder weiter mit solchen Behauptungen und Stankartikeln zu füttern. Wir sind der Meinung, daß es in der jetzigen Zeit Wichtigeres zu tun gibt. Wie zur Selbstberichtigung steht in derselben Nummer der Zeitung auf Seite 144 die gemeinsame Erklärung der Gewerkschaften, die jedem das Recht gibt, sich nach seiner Überzeugung zu organisieren. Jeder Kollege möge sich fragen, wie die Herren in Braunschweig diese beiden Artikel miteinander in Einklang bringen wollten. Auf Seite 146 derselben Zeitung wird dann eine Aufstellung der Bundesmitglieder von Rheinland und Westfalen gegeben und darunter von Duisburg bemerkt, daß dem Bunde 61 Kollegen Beiträge zahlen. Es ist aber auch ebenso genau bekannt, daß hier 133 zahlende Mitglieder waren. Daß demnach 72 Kollegen nicht mehr dem Bunde sind, wird schon verständlich. Ganz entschieden Verantwortung einlegen müssen wir aber gegen die Behauptung, daß dies berufsamtliche und halbberufstätige Kollegen sein sollen. Wenn man darüber urteilen will, soll man sich doch das Angebotsverhältnis der Betreffenden näher ansehen, vor allem die ausgeübten Arbeiten und die dauernde Stellung in Betracht ziehen, aber in Braunschweig hat man anscheinend kein Camp-finden für Wahrheit und Gerechtigkeit. Wir müssen es uns entschieden verbitten, daß mit solchen Camp-finden die berufliche Stellung noch weiter herabgesetzt wird. Denn die ganze Aufstellung so zuverlässig ist wie die den

Tatsachen widersprechenden Angaben über Duisburg, dann dürfte recht bald die Zeit kommen, wo die Tatsachen so laut sprechen, daß die Wahrheit nicht mehr verdrängt werden kann. Wir sehen unsere Aufgabe in wirtschaftlicher Inwertsetzung und darin kann uns das dumme und unwahre Geschreibsel der Poliere, et ungünstig machen. Sodann wurde über das demnächst stattfindende Stiftungsfest beraten und die Vergütungskommission mit der Aufstellung eines Programms beauftragt. Nachdem dann noch Vorschläge für die Reichskonferenz gestellt waren, wurde der Vorstand beauftragt, gegen die Willkürlichkeit des Abreißbuchverlags einzuschreiten, der es eigenmächtig unternommen hat, die Poliere als Vorarbeiter zu bezeichnen. Wir sind Poliere und wollen auch als solche im Abreißbuch genannt werden. Gegen 10 Uhr wurde die anregende Versammlung vom 1. Vorsitzenden geschlossen.

**Hindenburg D./S.**

Verschiedenen, unserer Polieraktion nicht angehörenden Polieren, ist die Entwicklung unserer Organisation in Oberschlesien schon längst ein Dorn im Auge. Um nun die Arbeit und Arbeitsunlust in unsere blühende Sektion zu bringen, wird die unwahre Behauptung in Umlauf gesetzt, daß unser Vorsitzender, der Kollege Funke in Hindenburg, sein Amt hätte niederlegen müssen, weil er seine Pflichten als Vorsitzender nicht voll erfüllt hätte. Daß an diesem Worte kein Wort wahr ist, können die Kollegen schon daraus erkennen, daß er in der letzten Vorstandssitzung erneut einstimmig zum Vorsitzenden wiedergewählt worden ist. Das ist das beste Vertrauensvotum, das wir unserem Vorsitzenden geben konnten. Das Weitergehende unserer Gegner kann uns nicht im mindesten stören. Nun erst recht muß unsere Parole lauten: An die Werbearbeit für unsere Landesstellen der Poliere und Schachtmeister Oberschlesiens des christlichen Bauarbeiterverbandes Deutschlands, damit endlich mit unserer Hilfe geordnete Zustände geschaffen werden. Der Vorstand.

**Verbandsnachrichten**

**Erfurt.** Vor einigen Wochen hatten sich in Erfurt einige auf dem Boden der christlichen Weltanschauung stehende Bauarbeiter zusammengeschlossen, um eine Ortsgruppe des Verbandes christlicher Bauarbeiter zu gründen. Am Sonntag, den 8. August, fand eine Versammlung statt, in welcher Kollege John, Vorsitzender des Kartells der christlichen Gewerkschaften, eingehend über Zweck und Ziele der christlichen Gewerkschaften sprach. Redner wies auf die Schwierigkeiten und Hindernisse hin, die die Mitglieder einer solchen Organisation zu gewärtigen haben, und ermahnte die Anwesenden, ganze Streiter und Kämpfer zu sein. Nach einer anregenden Aussprache erklärten sämtliche Anwesenden den Beitritt. Als Vorsitzender wurde Kollege Kirchner, welcher tatkräftig die Vor- und Gründungsarbeiten der Ortsgruppe geleitet hat, einstimmig gewählt. Mögen sich recht viele Kollegen, welche auf christlichem Boden stehen, dem Verbande anschließen, damit aus dem schwachen Sämling, welches hier in steinigem Boden gepflanzt worden ist, bald ein kräftiger Baum entwickele, der reiche Früchte trägt. Anmeldungen nimmt entgegen und Auskunft erteilt Kollege Kirchner, Maurer, Erfurt, Schwanenstr. 18.

**Verwaltungsstelle Hannover.** In der Ortsgruppe Döhren fand am Sonntag, den 15. August, eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, die gut besucht war. Nach Eröffnung und Begrüßung durch Kollegen Mülher erstattete Kollege Edermann-Hannover Bericht über den Abschluß des Vertrages sowie über die Tätigkeit bei den Schlichtungsinstanzen. Es gilt heute mehr denn je, daß die Kollegen, namentlich die als Baulegitimierten tätig sind, über die bestehenden vertraglichen und sonstigen Bestimmungen unterrichtet sind, damit bei Entlassungen, wo solche nicht zu umgehen sind, zunächst die verkürzte Arbeitszeit durchgeführt wird. In der sehr lebhaften Aussprache wurden noch verschiedene Mängel auf den Arbeitsstellen erörtert und die Abstellung derselben beschlossen. Sodann wurden die Kollegen Johann Klingenberg zum 1. Vorsitzenden, Ignaz Müller zum 1. Schriftführer und Johann Werner zum Hilfsleiter gewählt. Als Kartelldelegierter wurde der Kollege Edward Bömele gewählt. Werner wurde beauftragt, die streikenden Straßenbahner und sonst in Mitleidenschaft gezogene Kollegen durch Selbstveranstaltungen zu unterstützen. Mit dem Vorzuge, nun erneut für die Erstarkung unseres Verbandes in Döhren einzutreten, wurde das anregende verlaufene Verbandsmeeting geschlossen.

**Verwaltungsstelle Danzig.** Gleiches Recht für alle war der Ausgang, womit die sozialistischen Vertreter in der Verfassungskonferenz der Freimaurer des Freimaurer Danzig ihre Forderungen begründeten. Bei richtiger Anwendung konnte sich jeder Einwohner des Freimaurer mit diesem Grundgesetz befassen. Wie sieht es aber in Wirklichkeit mit der Freiheit und dem gleichen Recht für alle aus? Wie offensichtlich bekannt, herrscht in Danzig eine große Arbeitslosigkeit und hat der Magistrat, um den schon mehrere Wochen arbeitslosen Arbeitern Beschäftigung zu bieten, sogenannte Kolonnenarbeiten bei Verlegung der Malle in Angriff genommen. Bei diesen Kolonnenarbeiten sollen alle Arbeiter ohne Unterschied des Alters, wenn sie mehrere Wochen arbeitslos waren, beschäftigt werden, was der Magistrat mit den Vertretern der Freimaurer sehr wohl hätte wissen müssen, wenn nach halbjähriger Arbeitslosigkeit wieder etwas verdienen zu können, wollten die der Verweisung durch Hunger und Kälte geschwächten Arbeiter jetzt für sich und ihre Kinder etwas verdienen durch Aufhebung der Arbeit, welche ihnen den Arbeitslohn vorenthalten hat. Auch hier, nach all den trüben Tagen, werden viele Arbeiter hungernde Menschen, welche nur um ein wenig mehr verdienen können. Bei dieser der Arbeit gilt für jeden, auch wenn er schon halb verhungert ist, ein Grundgesetz. Das ist das Recht des Deutschen Bauarbeiters.

verbandes, dann Arbeit." Dieser Ansicht huldigen nicht nur die Baulegitimierten des Deutschen Bauarbeiterverbandes, sondern sogar Poliere und Schachtmeister, soweit sie sozialistisch organisiert sind. So hat am 10. 6. M. der Schachtmeister Bartisch von der Arbeitsstelle am Grünsgrünzel auf Wunsch des Baulegitimierten einen Arbeiter mit folgendem Entlassungschein abgeschoben:

„Der Arbeiter Felix Stolz kommt heute zur Entlassung. (Grund.) Die ganzen Arbeiter wollen mit ihm nicht zusammen arbeiten, weil er einer christlichen Gewerkschaft angehört.“

Stolz hat 38 1/2 Stunden gearbeitet.

Diese Behauptung, die ganzen Arbeiter wollten mit Stolz nicht zusammen arbeiten, trifft nicht zu, da die gesamten Arbeiter hierzu noch keine Stellung genommen hatten. Die Firma, welche die Arbeiten ausführt, hat dem Wunsch des Bartisch nicht entsprochen und ließ Bartisch durch den von ihm entlassenen Arbeiter folgende Zeilen übermitteln:

„Schachtmeister Bartisch!  
Der Arbeiter Stolz erklärt, freiwillig nicht die Arbeit aufzugeben. Gründe zur Entlassung liegen nicht vor, mithin muß derselbe weiter beschäftigt werden.“

Brompt schrieb der von der Diktatur des Proletariats besetzte Schachtmeister auf der Rückseite desselben Zettels:

„Sämtliche Arbeiter erklären sich nicht mit Stolz weiter zu arbeiten. Nicht eher, bis er sich hat umschreiben lassen.“

Dieses schrieb Bartisch in Gegenwart eines Vertreters des Deutschen Bauarbeiterverbandes. Ob dieser Diktator sowie auch der Vertreter des Deutschen Bauarbeiterverbandes die letzte Nummer des „Grundstein“ gelesen haben, ist doch sehr zweifelhaft, oder stehen die Vereinbarungen nur auf dem Papier, um von Leuten gelesen zu werden, die nicht dem Deutschen Bauarbeiterverband angehören? So steht die Freiheit im Freistaat Danzig aus. Glaubt der Deutsche Bauarbeiterverband, die Danziger Arbeiterschaft durch ein derartiges brutales Vorgehen allmählich für die Diktatur des Proletariats gewinnen zu können? Wer bei diesem terroristischen Treiben der lachende Dritte ist, das zu ergründen wird einem denkenden Arbeiter nicht schwer fallen. Spr. weil.

**Zawise (D.S.).** Zum erstenmal nach unserer Rückkehr zu unserem alten christlichen Bauarbeiterverband hielten wir am 25. Juli in Zawise unsere Mitgliederversammlung ab. Der Verlauf dieser glänzenden Versammlung hat bewiesen, daß auch unsere Kollegen von Zawise sich wieder von der polnischen Dämung freigemacht haben. Ein anderes Leben hat wieder in unserer Ortsgruppe begonnen, ein Leben ernster und treuer Gewerkschaftsarbeit, ausgefüllt mit dem festen Vorsatz, jetzt und so energischer an die Heilung der Wunden zu gehen, die uns polnische Falschheit und Lüge geschlagen haben. Wo wären wir Bauarbeiter Oberschlesiens hingekommen, wenn die treulosen Absplitterer, die jahrelang am Futtertrog unseres Verbandes gesessen haben, die Oberhand bekommen hätten? Wir brauchen nur an die Lohnkürzungen vom Dezember vorigen Jahres und vom Februar, April und Mai dieses Jahres zu denken, um sofort zu erkennen, daß wir dieses alles nie und nimmer erreicht hätten, wenn unsere Zentralorganisation in Oberschlesien zerschmettert am Boden gelegen hätte. Und weil auch wir Zawitzer Kollegen das nicht nur gefühlt, sondern auch eingesehen haben, deshalb, und zwar ausschließlich deshalb haben wir den Weg zu unserem alten und lieben Bauarbeiterverbande zurückgefunden. Und noch ein anderes gab uns den Mut dazu. Wie wir sahen, daß der christliche Bauarbeiterverband trotz schärfster Bekämpfung von seiten der Verräter, die in das Lager der blindwütigen und unverschämtesten polnischen Galatzen getrocknet sind, zu einer nie geahnten Höhe gekommen war, wie wir ferner sahen, daß gerade durch den Weggang der Verräter erst die Bahn für eine gesunde Entwicklung frei wurde, da schüttelten auch wir den Unrat der uns verführenden Verräter von den Füßen und traten, wie wir damals gegangenen, geschlossen zu unserem alten Verband zurück. Damit brachten wir zum Ausdruck, daß die fünfzehnjährige Verbandslosigkeit des Kollegen Ehrhardt nicht vergeblich gewesen ist. Wir sind stolz darauf. Und was wir an dem Verbande gut zu machen haben, wollen wir dadurch ins Reine bringen, daß wir uns mit aller Kraft bemühen, die wenigen Ortsgruppen, die noch in den Händen der Verräter verblieben sind, zu uns zurückzuholen. Das Handwerk muß den Weibern gründlich gelegt werden. Also: Jugefaßt, Kollegen!

**Dorken (Unfall).** Am 3. August verunglückte auf der See „Fürst Leopold“ unser Mitglied Anton Nowowski. Erst seit kurzer Zeit auf der See als Kesselheizer beschäftigt, geriet Kollege Nowowski bei der Nachtfahrt zwischen zwei Förderwalzen. Infolge starker Brustquetschung trat der sofortige Tod ein.

**Bogum (Banunfall).** Der Maurer Aug. Narube fiel bei Ausübung seines Berufes von einem Gerüst und erlitt eine Gehirnerschütterung.

**Bekanntmachungen**

**Bezirk Köln**  
Auf Grund des § 10 Absatz 1 der Verbandsstatuten findet mit Zustimmung des Zentralvorstandes, am 19. September, beginnend vormittags 10 Uhr, in Köln im Lokal „Hahnenthrän“ in der Hahnenthrän 43 (Nähe Rudolfplatz), eine

**Bezirkskonferenz**  
**Tagesordnung:**  
1. Bericht des Bezirksleiters.  
2. Bericht des Zentralvorstandes Wiesbaden.  
3. Bericht über Bauverordnungsstellen und Stellungnahme dazu.

4. Schaffung einer Bezirksklasse.  
5. Anträge und Verschiedenes.  
6. Wahl des Bezirksvorstandes.  
Laut § 10 Absatz 4 der Verbandsstatuten hat je Verwaltungsstelle mindestens einen Delegierten zu entsenden. Wenn mehrere Delegierte entsandt werden, darauf zu achten, daß mehrere Berufe vertreten sind. Delegierten haben sich durch Mitgliedsbuch und Wanderkarte des Verwaltungsstellenvorstandes auszuweisen. Die Kosten tragen die Verwaltungsstellen.  
Anträge zur Bezirkskonferenz sind bis spätestens 14. September an den Bezirksleiter einzureichen.

**Der Bezirksvorstand.**  
F. A.: A. Lange, Bezirksleiter, Köln, Venloerwall

**Achtung! Bezirk Oberschlesien Achtung!**

Die Bureaus unseres Verbandes befinden sich in unserem Bundeshaus, Rattowik D.S., Johannestraße 10. Telefon 1681 (alte Nummer). Alle Anschriften oder sonstige Sendungen sind nunmehr hierher zu senden.

**Die Bezirksleitung:**  
Josef Knoblich.

**Warnung!**

Im rheinischen Bezirk läuft ein Schwindler unser Verbandsbureau, Kartellsekretariate sowie katholische bzw. christliche Vereine ab, schwindelt da vor, er sei in bedenkender Lage, und versucht durch Mittelberedung Geld zu erschaffen. In Köln schwindelte er vor, er sei in Ratibor von einem polnischen Offizier geschlagen worden habe sich zur Wehr gesetzt und dann in eiliger Eile Frau und Kindes verlassen müssen, sei dadurch vollständig mittellos usw. In seinem Personalausweis steht der Name Khybla aus Deuthen. Er spricht obererschlesischen Dialekt, ist etwa 40 Jahre alt. Es sei ausdrücklich gewarnt vor diesem Schwindler. Es wäre angebracht, ihn der Polizei zur näheren Prüfung seiner Personallisten zu übergeben.

Köln. U. Lange.

**Sterbetafel.**

Am 27. Juli starb unser langjähriges Mitglied Josef Wögershausen im Alter von 63 Jahren an den Folgen der Inzucht. Kollege Wögershausen war seit 6 Jahren völlig erblindet.  
Verwaltungsstelle Hannover.

Am 31. Juli starb unser treuer Kollege Adam Biedorf (Maurer) im Alter von 54 Jahren an Lungenerleiden.  
Verwaltungsstelle Erlen.

Am 3. August starb infolge Unglücksfalles unser treues Mitglied Anton Nowowski.  
Ortsgruppe Dorken.

Am 5. August starb unser treues Mitglied August Rohrmann aus Kibdorf durch Schlag im Alter von 61 Jahren.  
Verwaltungsstelle Frankfurt a. M.

Am 5. August starb fern von seiner Heimat in Duisburg unser treuer Kollege Rudolf Seidler, geboren zu Bodel, an Lungenerleiden im 20. Lebensjahre.  
Ortsgruppe Duisburg.

Ehre ihrem Andenken!

**Erdb- und Bauarbeiter-Genossenschaft Amberger Bauhütte.**

Am 5. September, nachmittags 3 Uhr, findet im Gasthof „Zur Krone“ eine außerordentliche Generalversammlung statt.  
**Tagesordnung:**  
Veränderung des Statuts.  
**Der Vorstand:** Bernhard Meiller.  
**Der Aufsichtsrat:** Georg Peter.

**Mehrere tüchtige Fabrikmaurer zum sofortigen Eintritt gesucht. Stahlwerk Brühl Brühl, Bezirk Köln.**